

Dr.ⁱⁿ Alma Zadić, LL.M.
Bundesministerin für Justiz

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.126.568

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)5407/J-NR/2021

Wien, am 16. April 2021

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Hermann Gahr, Kolleginnen und Kollegen haben am 17. Februar 2021 unter der Nr. **5407/J-NR/2021** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Vorgehen einer Tiroler Abgeordneten und des Innsbrucker Bürgermeisters nach Demo-Eskalation in Innsbruck“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 14:

- 1. Was wurde bei den Telefonaten mit der Justizanstalt von Bürgermeister Georg Willi konkret besprochen?
- 2. Wurde in diesen Telefonaten von Bürgermeister Willi interveniert, damit die Inhaftierten früher freigelassen werden?
- 3. Versuchte Bürgermeister Georg Willi mit seinen Anrufen in der Justizanstalt eine Besserstellung der Inhaftierten zu erreichen?
- 4. Wie viele Beamte der Justizanstalt mussten die Intervention von Bürgermeister Georg Willi bearbeiten?
- 5. Wie viel Zeit mussten die Beamten aufwenden, um die Intervention von Bürgermeister Georg Willi zu bearbeiten?
- 6. Was wurde bei den Telefonaten mit der Justizanstalt von Abg. z. NR Barbara Neßler genau besprochen?

- *7. Wie viele Beamte der Justizanstalt mussten die Intervention von Abg. z. NR Barbara Neßler bearbeiten?*
- *8. Wie viel Zeit mussten die Beamten aufwenden, um die Intervention von Abg. z. NR Barbara Neßler zu bearbeiten?*
- *9. Wie oft hat Abg. z. NR Barbara Neßler bei der Justizanstalt Innsbruck angerufen?*
- *10. Versuchte Abg. z. NR Barbara Neßler zu intervenieren, damit die Inhaftierten früher freigelassen werden?*
- *11. Abg. z. NR Barbara Neßler wird in der Kronen Zeitung zitiert, dass es in Ihrer Verantwortung liegt, sich hier zu erkundigen. Liegt es Ihrer Meinung nach in der Verantwortung einer Abgeordneten, in einem derartigen Fall zu intervenieren?*
- *12. Welche anderen Mandatare haben darüber hinaus in dieser Angelegenheit derartige Interventionsschritte gesetzt?*
- *13. Haben Abg. z. NR Barbara Neßler oder Bürgermeister Georg Willi mit Ihnen Kontakt aufgenommen, um für die Inhaftierten zu intervenieren bzw. sich nach der aktuellen Lage zu erkundigen?*
- *14. Gab es seit dem Zeitpunkt der Inhaftierung der Demo-Teilnehmer einen Austausch mit Abg. z. NR Barbara Neßler, Bürgermeister Georg Willi oder anderen Mandataren der Grünen-Partei bezüglich der Inhaftierung der Demo-Teilnehmer?*

Die gegenständliche parlamentarische Anfrage und die darin erwähnten Zeitungsartikel betreffen allesamt das derzeit in der Justizanstalt Innsbruck untergebrachte Polizeianhaltezentrum (PAZ), das während der Umbauphase des Stadtpolizeikommandos im ehemaligen Frauentrakt der Justizanstalt Innsbruck untergebracht ist. Von der Polizei festgenommene Personen werden dort im Rahmen der Polizeibefugnisse angehalten. Da die do. Anhaltung von Personen in die Zuständigkeit der Polizei und damit in jene des Herrn Bundesminister für Inneres fällt, kann ich zum gegenständlichen Sachverhalt keine weitere Auskunft erteilen und darf Sie daher an den Herrn Bundesminister für Inneres weiterverweisen.

Zu den Fragen 15 und 16:

- *15. Welche Straftaten liegen bereits gegen die 15 inhaftierten Demo-Teilnehmer in Innsbruck vor?*
- *16. Wie ist das weitere Vorgehen der Justiz im Zusammenhang mit den 15 verhafteten Teilnehmer nach der Demo in Innsbruck?*

Einleitend wird um Verständnis ersucht, dass mir eine Beantwortung der Fragen 16. und 17. nur zum Teil möglich ist. Auskünfte über den Ermittlungsstand sowie Ermittlungsschritte können nur partiell erteilt werden, um eine Gefährdung der Ermittlungszwecke

hintanzuhalten, was im Grundsatz der Nichtöffentlichkeit des Ermittlungsverfahrens (§ 12 Abs. 1 StPO) zum Ausdruck kommt.

Die Staatsanwaltschaft Innsbruck ermittelt derzeit gegen 45 verdächtige Personen, darunter auch gegen die 15 kurzzeitig festgenommenen Personen, wegen des Verdachts des versuchten Widerstandes gegen die Staatsgewalt nach §§ 15, 269 Abs. 1 erster Fall StGB. Die Ermittlungen durch Einvernahme der 45 verdächtigen Personen, von Zeugen sowie durch Sichtung des umfangreichen Videomaterials dauern noch an.

Zur Frage 17:

- *In welchem Zusammenhang steht die Brandstiftung auf ein Polizeiauto in Hötting mit den Teilnehmern der Demo in Innsbruck?
a. Gibt es in diesem Zusammenhang bereits Ermittlungserfolge? Wie ist der aktuelle Stand?*

Am 5. Februar 2021 gegen 03.45 Uhr setzte eine bislang unbekannte Täterschaft ein vor der Polizeiinspektion Innsbruck-Hötting parkend abgestelltes Einsatzfahrzeug der LPD Tirol mutwillig in Brand, welches dadurch erheblich beschädigt und unbrauchbar gemacht wurde. Ob ein Zusammenhang mit der Demonstration besteht, ist derzeit Gegenstand von Ermittlungen.

Ich bitte um Verständnis, dass den weiteren Verfahrensergebnissen nicht vorgegriffen werden kann.

Zur Frage 18:

- *Haben Sie oder einer Ihrer Mitarbeiter aus dem Justizministerium sich diesen oben beschriebenen Fall näher angenommen bzw. interveniert? wenn ja. was sollte damit erreicht werden?*

Nein.

Zu den Fragen 19 bis 22:

- *19. Welche persönlichen Beziehungen haben Bürgermeister Willi und Abg. z. NR Barbara Neßler zu den Inhaftierten?*
- *20. Ist das Vorgehen von Bürgermeister Georg Willi und Abg. z. NR Barbara Neßler Ihrer Meinung nach gerechtfertigt bzw. Teil der Ausübung ihres politischen Amtes?*
- *21. Ist es Ihrer Meinung nach die Aufgabe von Abgeordneten zum Nationalrat, persönlich in Haftanstalten anzurufen, um sich über Inhaftierte zu erkundigen?*

- *22. Ist es Ihrer Meinung nach die Aufgabe einer Abgeordneten, sich über den Hergang und die Lage eines Einsatzes Polizeieinsatzes bzw. einer Inhaftierung zu erkundigen?*

Zu den persönlichen Beziehungen der erwähnten Personen zu einander kann ich keine Angaben machen.

Dr.ⁱⁿ Alma Zadić, LL.M.

